

Presseinformation

25. Juli 2003

Plank: Neue Herausforderungen für Bauern

Hilfe für Ernteschäden, Spielräume der Agrarreform nutzen

„Für die Dürreschäden im Futtermittelbereich sollten die betroffenen Landwirte eine Entschädigung von der öffentlichen Hand erhalten“, erklärte Agrar-Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank heute. Derzeit laufen Gespräche mit dem Bund.

Für Plank erlebt die niederösterreichische Landwirtschaft derzeit keine besonders rosigen Zeiten. Er kann sich auch für die europäische Agrarreform, deren Eckpfeiler die Entkoppelung von Produktion und Förderungen ist, wenig begeistern: „Es ist eine Lösung, die für Europa ein gangbarer Weg ist, für die österreichische Landwirtschaft bedeutet sie aber, dass der Strukturwandel gestärkt wird.“ Für Plank ist die Reform zu einseitig. Damit werde die kleinstrukturierte österreichische Landwirtschaft gefährdet.

„Für mich wäre die ideale Agrarpolitik eine flächengebundene Landwirtschaft. Produktionseinkommen und Zahlungen sollten Hand in Hand gehen“, erläutert Plank. Die Erzeugung sei die Grundlage der bäuerlichen Existenz. Die Reform begünstige extensive Produktionsweisen, also einen geringeren Ertrag je Flächeneinheit.

Jetzt gehe es aber darum, die Spielräume der Reform so zu nutzen, dass der österreichische Weg einer flächendeckenden Landwirtschaft weitergehen könne. „Die heimische Landwirtschaft insgesamt steht vor neuen Voraussetzungen und Herausforderungen“, betont Plank. Im Gegenzug könnten sich die Bauern die nächsten Jahre auf stabile Rahmenbedingungen verlassen. Schwerpunkt der österreichischen Agrarpolitik werden weitere Kostenentlastungsmaßnahmen, ein rascher Bürokratieabbau und Zukunftsinvestitionen sein. Besondere Bedeutung würden den Programmen zur ländlichen Entwicklung (Nutzung erneuerbare Energien, ÖPUL) zukommen.

Ziel der europäischen Agrarreform ist es, den Bauern mehr Planungssicherheit und mehr unternehmerische Freiheit einzuräumen. Die Entkoppelung der Förderungen von der Produktion und ihre gleichzeitige Bindung an verbindliche Standards bei Umwelt, Tierschutz oder Lebensmittelsicherheit soll die Leistungen der Bauern transparenter machen.



Presseinformation